INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 31

4.11.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50



Der Senator für Schulwesen

Erzieherschule

Damaschkeschule

Berlin Kolleg,

FHSS

Was Sie dazu brauchen sind
Begeisterung, Lernfreude, Einsatzbereitschaft,
Zähigkeit und viel Fleiß.
Alles andere können Sie uns überlassen.

SCHULKAMPF





50 000 Schüler demonstrierten gegen den zunehmenden faschistischen Terror

SCHULKAMPF KREUZBERG

Wir wollen heute kurz auf die Ereignisse in Kreuzberg eingehen; dabei haben wir nicht nur ein aktuelles Informationsinteresse, sondern was sich dort abgespielt hat, kann auch in vielfältiger Weise unsere Diskussion über Theorien und Strategie der Massenradikalisierung und spontanen Kampfformen anregen.

Nun zu den Ereignissen selbst: Bei der Barbara handelt es sich um eine Lehrerin, die schon seit geraumer Zeit sehr deutlich und konsequent der Schulleitung gegenüber aufgetreten ist. In einer ganzen Anzahl von Fällen, in denen die Interessen der Schüler, deren Eltern oder anderer Lehrerkollegen auf dem Spiel standen, ist es den linken Kollegen und Schülern gelungen, den sehr aggressiven Unterdrückungsversuchen der Schulleitung zu widerstehen.

So kam es auch im Zuge der GEW-Urabstimmung zu massiven Einschüchterungsversuchen, die aber allesamt an dem geschlossenen Auftreten der Linken scheiterten. Die Anweisung, die Urabstimmungsplakate zu entfernen, wurde nicht befolgt, abgerissene Plakate wurden am nächsten Tag erneuert. In all' diesen Konflikten ist die Barbara als Sprecherin aufgetreten und hat sich von keiner noch so scharfen Androhung beeindrucken lassen. Gerade ihr gegenüber wurden deshalb immer wieder Disziplinarmaßnahmen angedeutet. Anfang Oktober hat man sich dann im Bezirksamt offensichtlich entschlossen durchzugreifen.

PHASE DER MOBILISIERUNG

Am Montag den 30.9.74 wird Barbara aus dem Unterricht heraus aufs Schulamt abkommandiert. Dort wird ihr unterbreitet, daß sie vom 7.10 an von der Damaschke-Schule an die 5.Grundschule zu wechseln und den Unterricht dort aufnehmen zu habe. Als Begründung wird ihr unterbreitet, daß an der Damascke-Scule zu viel, an der 5.Grundschule aber zu wenig Lehrer seien.

Da Schüler und Lehrer sehr gut wußten, daß laufend Unterricht ausfiel und in verschiedenen vorgesehenen Fächern der leistungsdifferenzierte Unterricht ausfiel und nicht erteilt werden konnte, und das ganze drei Wochen vor der Zeugnis - vergabe stattfand, war man sich über den wahren Charakter der "Umsetzung" sehr schnell einig. Deshalb wurde am gleichen Abend eine GEW-Schulgruppensitzung einberufen, die in einem umfangreichen Papier die Begründung des Schulamtes widerlegte und eine Protestresolution verabschiedete. Außerdem wurde ein Flugblatt erstellt, das am Dienstag an alle Eltern weitergeleitet wurde. Gleichzeitig sammelten die Schüler während der großen Pausen 150 Unterschriften,und am Dienstagabend die Mandatsträgerversammlung der GEW-Neukölln eine Protestresolution, die sofort an das kreuzberger Schulamt verschickt wurde.

Am Mi 2.10. fand eine Gesamtkonferenz der Lehrer an der Damaschke-Schule statt, der aber von der Schulleitung untersagt wurde, sich mit der Versetzung zu befassen. Dennoch verabschiedeten die Lehrer (in der Konferenzpause) mit großer Mehrheit ein Protestschreiben an das Bezirksamt. Am gleichen Abend fand eine Elternversammlung der betroffenen Klasse (9/4) statt.Dort wollten die Eltern (16 Elternteile waren anwesend) das ist für kreuzberger Verhältnisse absolut überdurchschnittlich, die genauen Gründe für die Versetzung wissen. Die Schulleitung blieb aber bei den schulorganisatorischen Vorwänden. So verabschiedete dei Versammlung eine Protesterklärung und löste sich auf. Am Do, 3.10. fand eine Sitzung des Ausschusses junger Erzieher in der GEW-Kreuzberg statt, die sich ebenfalls (allerdings gegen die Stimmen der SEW-Mitglieder) mit dem Fall befaßte. Es wurde eine Resolution gegen die Versetung und die Misère an den Hauptschulen insgesamt verabschiedet und an den Hauptvorstand der GEW weitergeleitet. Außerdem entschloß sich der AjLE,die Bildung eines Solidaritätsausschusses zu unterstützen. Am gleichen Tag erhielt Babara die Mitteilung, daß sie den Unterricht an der 5. Grundschule nun mehr endgültig am 9.10. aufzunehmen habe. Dies wiederum bewirkte eine verschärfung der Protestmaßnahmen. Am Fr. fand morgens eine Sitzung der Schülervertretung an der Damaschke-Schule statt, auf der die Direktorin Frau Wagner den Schülern unter Hinweis auf das SVG untersagte, den Fall ihrer versetzten Lehrerin auf die Tagesordnung zu setzen. Mittags "besuchten"

ca. 30-40 Schüler, 7Eltern und ca. 15 Lehrer das Schulamt, stellten dort die zuständige Bezirksschulleitung zur Rede, bekamen aber auch dort nur das Märchen von organisatorischen Gründen aufgetischt. Am gleichen Abend treffen sich Eltern, Lehrer und Schüler zur Bildung des Solidaritätsausschusses im Cafe .
Nach intensiver Diskussion erfolgte der Beschluß für Di. eine Elternversammlung einzuberufen, auf der Schulleitung und Bezirksamt Stellung nehmen sollten. Man entschloß sich, ein Flugblatt und weitere Informationen zu erstellen, sowie eine erneute Unterschriftensammlung unter den Eltern durchzuführen. Über das Wochenende wurde fieberhaft der Verlauf der nächsten Woche vorbereitet.
Die Elternvertreter sammelten Unterschriften und die Schüler berieten ihre Maßnahmen. Am Mo,7.10. waren die Elternvertreter bei Stadtrat Hänelt und erhielten von ihm eine Zusage für sein Erscheinen am Dienstag auf der Elternversammlung. Auch die Schulleiterin sagte zu.
Am DI,8.10., erschien dann der erste größere Artikel im "Spandauer Volksblatt". Am gleichen Morgen ließ die Schulleitung an die Schüler Flugblätter verteilen, in denen die für den Abend geplante Elternversammlung verboten wurde. Abends standen 8o Personen samt Pressevertretern vor verschlossenen Türen. In der Nähe wurden Kirchenräume zur Verfügung gestellt, so daß die Versammlung doch noch zustande kam. Zum ersten mal machte sich breitere Empörung unter den Eltern Luft und es machte sich die Forderung nach "Versetzung der Schulleitung" breit. Nach einer teilweise heftigen Diskussion beschlossen die Anwesenden ein für den nächsten Abend in der Damaschke-Schule geplante Versammlung der Eltern aller 7. Klassen zu einer Gesamtelternversammlung umzufunktionieren, um dort über die Versetzung von Barbara zu diskutieren und die Direktorin zur Rede zu stellen.

DER SCHÜLERSTREIK

Am Mittwochmorgen 19. Okt. tritt Barbara dann gezwungenermaßen ihren Unterricht in der 5. Grundschule an. An der Damaschke-Schule weigert sich daraufhin die Klasse 9/4 in das Haus zu gehen. Man marschiert mit Sprechchören ("Wagner raus - Saarbach rein") und organisiert den Schulhof auf und ab. Nach kurzer Zeit schließen sich nahezu allee Klassen der Schule dem Streik der 9/4 an. Mittags um 15 Uhr formiert sich vor der 5. Grundschule ein Demonstrationszug (ca. 1oo Personen) aus Eltern, Lehrern und Schülern. Dieser marschiert ins Rathaus an der Yorkstr. und fordert von der dort anwesenden Bezirks- uns Schulleitung Rechenschaft über die Versetzung von Barbara. Bezirksstadtrat Händt, Schulrat Willert und die Direktorin Wagner sind aber nicht bereit, nachzugeben. Am Abend kommen Schüler und Eltern zu der geplanten Versammlung der Eltern der 7. Klassen. Der Wunsch nach Diskussion über die Versetzung der Lehrerin B. Saarbach wird von der Direktorin unter Berufung auf das SVG (Schulverfassungsgesetz) mit einem Hagel von Rede- und Hausverboten beantwortet. Immerhin gelingt es, die Schulleitung zu verpflichten, für Freitagabend eine Versammlung zum Thema Versetzung der Lehrerin Saarbach einzuberufen.
Am Do 1o.1o. wird der Streik fortgesetzt. Ca. 250-300 Schüler versammeln sich vor der Damaske- Schule und bilden einen Demonstrationszug in Richtung 5.Grundschule. Dort angelangt fordern die Schüler massiv die Rückversetzung ihrer Lehrerin. Eine Delegation der Schüler verhandelt mit dem inzwischen aus dem naheliegenden Bezirksamt herbeigeeilten Schulrat Willert und dem Direktor Höhne und macht deutlich, daß die Schüler ihre Lehrerin mitnehmen wollen. Daraufhin wird Barbara sofort vom Unterricht beurlaubt und demonstriert zusammen mit den Schülern zurück zur Damaschke-Schule, wo man sich nach einer Kundgebung auflöste.
Am Freitag, 11.1o., zunächst wieder dasselbe Bild. Ca. 250 Schüler versammeln sich vor der Damaschke-S. und maschieren in Richtung 5.Grundschule. Diese ist bei der Ankunft der Schüler verschlossen und von der Polizei verriegelt. Nachdem Barbara verboten wird sich mit den Schülern in Verbindung zu setzen, maschieren diese zum Bezirksamt und fordern von der Bezirksleitung die Rückversetzung ihrer Lehrerin. Nachdem die Schüler dann zur 5.GS zurückkehrten und mit lauten Sprechchören den Unterricht störten, wird dort der gesamte Schulbetrieb eingestellt, die Kinder aus den Hinterausgängen entlassen und Barbara beurlaubt

Es bildet sich erneut eine Demo in Richtung Damaschke Schule, die dort aber eine von Bullen total verriegelte Schule vorfindet. Diese Eskalation durch die Schulleitung wird von den Lehrern massiv kritisiert. Um 14 Uhr löst sich dann nach einer Kundgebung die Demo auf. Am Abend kommt es dann zu einer äußerst aggressiven Elternversammlung. Die Schüler und Presse werden zunächst aus der ohnehin überfüllten Halle ausgeschlossen. Nach anhaltenden Sprechchören "Saarbach rein, Wagner raus" etc. werden sie vom Hauspersonal mit Wasser (Feuerwhrschlauch) bespritzt, was einige Eltern zu Tätlichkeiten gegen die Verantwortlichen veranlaßt. Die ganze Versammlung gerät schnell zum Siedepunkt. In einem sich zunehmend radikalisierenden Diskussionsverlauf wird aus der Kritik an der Versetzung von Barbara fast ein Tribunal gegen die Unterprivilegierung der Kreuzberger Hauptschüler und das Demokratieverständnis des Bezirksamtes und der Schulleitung. Dem erschöpften Bezirksstadtrat, bleibt am Abend nichts anderes übrig, als eine Überprüfung der Versetzung bis zum darauffolgenden Dienstag, zuzusagen. Man rechnete wohl bei der SPD damit, daß sich über das Wochenende die Lage beruhigen würde. Aber zur allgemeinen Überraschung tritt genau das Gegenteil ein. Am Montag, 14. Okt., versammeln sich die Schüler wieder vor der Damaschke- Schule und sind diesmal allerdings entschlossen, auch andere Hauptschulen in den Protest mit einzubeziehen. So greift der Streik auf zwei Schulen über. Es nützt den Verantwortlichen dort nichts, daß sie die Gebäude verriegeln. Die schüler schmeißen zum Teil gegen den Widerstand der Lehrer ihre Mappen aus dem Fenster und springen aus dem Parterre auf die Straße. Nach kurzer Zeit bewegt sich eine Demo mit ca. 5oo bis 6oo Schülern in Richtung Bezirksamt. Die Sicherheitsmaßnahmen an allen Kreuzberger Schulen haben also nichts genützt. Während einer Besetzung der Eingänge des Bezirksamtes werden noch einmal die Forderungen vorgetragen, dann setzen sich die Schüler in Richtung 5. Grundschule in Bewegung. Diese ist wieder von Polizei abgeriegelt. Nach länger anhaltenden Sprechchören und eines erneuten Zusammenbruches des Unterrichtes trifft gegen Mittag ein Kurier des Bezirksamtes ein, der die Rückversetzung von Barbara an die Damaschke-Schule verkündet. Im riesigen Jubelsturm wird die Aktion abgebrochen. - Gleichzeitig macht an der Damaschke-Schule auf einer Pressekonferenz eine rechte Fraktion von sich reden und fingiert einen Widerspruch innerhalb des Lehrerkollegiums, den es tatsächlich in diesem Ausmaß nie gegeben hat. Die Berliner Presse greift nun natürlich noch gieriger zu und der Schulsenat kündigt für Freitag, 25.Okt. eine Besprechung zwischen Lehrern und Senatsvertretern an. Dieses Gespräch ist am Freitag mit einem Paukenschlag eingeleitet worden. die Schüler wurden um 1o Uhr nach Hause geschickt. kurz darauf wurde das gesamte Gelände dicht gemacht und Barbara bekam als erstes einen Brief überreicht, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß sie nach den Ferien nun doch an der 5. Grundschule unterrichten muß. In einer regelrechten Einschüchterungsorgie wurde den Lehrern eröffnet, dass der Schulsenator nicht im Traum daran denke, den Forderungen "der Straße" nachzugeben. Man werde künftig ohnehin jede solcher Aktivitäten mit den gebotenen Mitteln unterdrücken und zerschlagen. Allen Lehrern wurde verboten, weiterhin in der Öffentlichkeit von einer politischen Disziplinierung zu sprechen. Herr Ristock zeigte sich offensichtlich erregt und von äußerster Aggressivität über die Tendenz einer ~~sich~~ quasi autonomen, d.h sich gegen den Reformismus richtenden Mobilisierung der Kreuzberger Bevölkerung. Viele Schüler sind sich schon jetzt einig, daß nach den Ferien der Putz weitergeht. - Wir selbst - als Plenum [1] haben uns dringend mit den Widersprüchen im Schulsektor zu befassen. Daß wir zur Urabstimmung der in der GEW geschwiegen haben, ist ohnehin schon Problematisch.

s. politische Einschätzung folgt

Rote Hilfe im psychischen Bereich:

Die AG Kommunikationszentrum (psychiatrische Nachsorge) sucht dringend Laden-, Fabrik- oder Wohnräume (Lage: Kreuzberg oder Schöneberg) helft uns!! Wir sind unter der Telefonnr. 7843598 o. 6185182 o. 3135820 zu erreichen.
- Wir treffen uns zusammen erst wieder am Do. 14.11.74 am gewohnten Ort

GEFANGENENVERTRETUNG

Stellungnahme der Gefangenenvertretung Tegel, Haus IV zu Korbers Lügen:

Wir, die wir mit der Knastwirklichkeit tagtäglich konfrontiert sind, wissen, daß die Äußerung des Senators Korber, " in den Berliner Haftanstalten gibt es keine Isolationshaft und keine seelische und körperliche Folter - selbst wenn man diese Begriffe sehr extensiv auslegt" mit der Wahrheit nichts zu tun haben.

Es beginnt damit, daß Isolation - extensiv ausgelegt - überhaupt der Zweck von Gefängnissen ist. Die Isolation von gefangenen Menschen von seiner normalen Umwelt, seine Vereinzelung und Unterwerfung unter Existenzbedingungen, die ihn den andern entfremden. Die zerstörerischen Folgen dieser"normalen" Isolation drücken sich - als Spitze eines Eisbergs - aus in Selbstmorden, Selbstverstümmelungen, Drogenkonsum, in blindwütigem Haß auf alles und jeden - auch auf sich selbst.

In diesem Zusammenhang kann eine "ärzliche Versorgung" im Knast nur die hauptsächlliche Funktion haben, diese zerstörerischen Folgen en eder zu reparieren oder ihnen vorzubeugen in einer dazu passenden Weise: insbesondere durch massenhafte Vergabe von Medikamenten als chemischer Zwangsjacke, die jegliche menschliche Gemütsregung unterdrückt. Daß der gefangene Mensch dem Arzt nicht mehr als ein hilfsbedürftiger, sondern nur als lästiger symtom- und Unruhelieferant erscheint, stellt der stellvertretende Anstaltsleiter Frenz lnfreiwillig unter Beweis, wenn er sagt, "diese Zellen (die der Presse vorgeführten Isolationszellen) werden therapeutische Beobachtungszellen genannt und dürfen nur auf ärztliche Anordnung benutzt werden." Das setzt sich fort damit, daß man dort (in der Krankenabteilung der U-Haftanstalt) froh wäre, wenn man mehr davon hätte, um gefährdete Häftlinge (wer gefährdet sie?) therapeutisch besser beobachten zu können." Der Zynismus, der in diesen Sätzen steckt, ist kaum noch zu überbieten: die Versetzung eines Menschen in die totale Isolation, samt Festschnallung Fallweise; die Abschneidung von allen Verbindungen, und allen Sinnesreizen, die Unterbindung jeder sinnvollen Äußerung - das wird verkauft als Therapeutikum, als Heilmittel. Deutlicher und brutaler ließe sich wohl kaum darstellen, was die Hauptaufgabe ärztlicher Versorgung im Knast ist.

Herr Frenz führt die "therapeutischen Beobachtungszellen" in Haus II der JVA Tegel vor und klärt nicht den Widerspruch, daß sie für Sonderzwecke gebaut worden sind, nun aber bei Abbau der KAMERAS (die zweifellos jederzeit bei entsprechendem Bedarf wieder angebracht werden können) als Wohnzellen benutzt werden: erst die Tatsache, daß der ungeheuer teure Bau dieser Zellen and die Öffentlichkeit gebracht worden war, und von verschiedenen Seiten angegriffen wurde, hat zu dieser hastigen"Umwidmung"geführt. Dieser Rückzug wird nun in ein nützliches Mittel zur Täuschung umgewandelt. Mit ihnen soll vorgeführt werden, daß man diese Mittel gar nicht benutzt. Die Presse vernimmt's, berichtet, so etwas wie Isolationshaft existiere nicht. Und augenscheinlich gerne tut sie es. Denn hätte man die Betroffenen gefragt, nämlich die Gefangenen, hätte die Berichterstattung ganz anders aussehen müssen:

Die besagten Zellen im Haus II sind heute Demonstrationsobjekte, mit denen verschleiert wird, daß es im keller der hiesigen "psychatrisch-neurologischen Abteilung" eine therapeutische Beoabachtungszelle gibt, in der technische Geräte(Kameras usw.) installiert sind, von denen aus eines einen durchaus als Dauerton zu bezeichnenden Ton von sich gibt, der einen wahnsinnig machen kann (dorthin werden Gefangene in psychischen Ausnahmesituationen gebracht - z.B. wenn mal einer zusammengeschlagen worden ist); daß es auf dem B-Flügel des Hauses III eine ganze Isolierstation gibt, auf der sich sowohl "politische" als auch normale Gefange befinden und das zum Teil viele Monate lang; daß es in dem selben Haus die hier allseits bekannten Stube-Küche-Zellen gibt - Zellen, die durch eine Gitterwand unterteilt sind, hinter der der Gefangene gehalten wird wie ein wildes Tier.

Natürlich ist es eine Frage des Standpunktes was man als Isolationshaft begreift.

Wir gehen aus von den natürlichen Bedürfnissen eines jeden Menschen nach Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit nach sinnvoller und befriedigender Tätigkeit, nach freigestalteten sozialen und sexuellen Kontakten. Wir gehen davon aus, daß all das, was den politischen Gefangenen angetan wird, in der normalen Haftsituation schon angelegt ist, daß es sich um eine Skala der ungeheuerli-

chen Beschneidung menschliches Lebensrechte handelt, deren Nullpunkt die Isolierzelle ist, wo endlich Bedürfnisse noch Lebensäußerungen vorkommen- der soziale Mord. Jedenfalls wird sauber gestorben.
Senator Korber lügt mit seiner Behauptung, in Berlin gäbe es keine Isolierhaft, nur dann nicht, wenn er von diesem Nullpunkt ausgeht, wenn ihm schon die Möglichkeit, einige Stunden am Tag das ausgewählte (ausgewählt anödende) Programm des Knastradios zu hören, eine Zeitung zu lesen(wenn der Gefangene das Geld hat eine zu kaufen), einige hastige Sätze mit einem anderen zu wechseln und hin und wieder 30 Min. mit einem Besucher zu sprechen - wenn einer kommt - wenn ihm das als Beweis ausreicht, daß es die Isolierhaft nicht gibt. Von diesem Standpunkt aus betrachet ein normaler Mensch aber nicht einen anderen Menschen sondern eine Sache: eine Akte z.B. oder eine Leiche. Was von diesem Korberschn Standpunkt zu halten ist, soll ein jeder selbst beurteilen.
Senator Korber äußert, es sei bedauerlich, "wenn sozial eingestellte Intellektuelle Kreise sich davon mißbrauchen ließen". Damit und mit der Information, z.B. ein Sprecher des Forum-Theaters hättees offen bedauert, "niemals Beweise für den mißbräuchlichen Einsatz der Beobachtung zellen gesehen zu haben", soll der Eindruck erweckt werden, als wären gutwillige, aber naive Leute dazu benutzt worden, ein übles Süppchen zu kochen. Der Mißbrauchsvorwurf fällt auf den zurück, der ihn erhoben hat, denn die Justiz ist es, die ständig - teils offen, teils verdeckt Kontakte zu Gefangenen verhindert; die an der Briefzensur festhält; die Möglichkeit, sich von draußen durch Gespräche mit Gefangenen über die wirklichen Verhältnisse im Knast zu informieren, mit allen Mitteln des offenen Verbots, der versteckten Hintertreibung, der Einschüchterung von Gefangenen verbaut; die mißliebige Zeitungen fernhält...., also für einen Mangel an Informiertheit selber sorgt, den sie jetzt anderen vorwirft.
Trotzdem und weil dem Knast schlecht bekommt, was uns Gefangenen bestens bekommt: im Blickpunkt einer intressierten Öffentlichkeit zu stehen, fordern wir alle, die dieser Brief erreicht auf, mit uns Gefangenen in Verbindung zu treten, hierher zu kommen, um sich von uns über die wahren Verhältnisse informieren zu lassen, sich die Forderungen aus der Tagesspiegelanzeige vom 9.10.74, die auch die unseren sind zu eigen zu machen.

PUTTEABEND

genoss(inn)en, so geht es nicht!!
in der putte lief am samstag eine info-veranstaltung zum hungerstreik bzw. sollte laufen. die veranstaltung war geplant als infoabend für die weddinger jugendlichen, die durch flugblätter darauf hingewiesen würden. solche infoveranstaltungen sind ein wesentlicher teil der stadtteilarbeit, um eine gegenöffentlichkeit gegenüber den bürgerlichen presseorganen (rundfunk, fernsehen, zeitungen) zu schaffen.
nun kommt der haken an der sache: kommst du abends dann in die putte, wen triffst du da? nicht die leute, die da in der umgebung wohnen, sondern wohlbekannte gesichter von genoss(inn)en aus allen stadtteilen. die veranstaltung sollst du also machen für leute, die schon informiert sind. und das haut nicht hin. wir müssen begreifen, daß diese veranstaltungen kein tummelplatz für uns linke sein dürfen. wir wollen die leute aus den jeweiligen stadtteilen informieren und deshalb laßt die jugendzentren denen, die dort in der umgebung wohnen.
mir ist klar, daß euer kommen am samstag mit einem konkreten bedürfnis verbunden ist; nämlich sich mit anderen zu treffen. doch das darf nicht auf kosten der jugendzentren gehen, klar?!

kristoff

Wir (Barbara + Bernd) studieren Soziologie, bauen Puppen, d.h. wir arbeiten mit Holz und spielen Theater.
Ursprünglich wollten wir mit Leuten zusammenleben, die die gleichen Intressen haben und die auch realisieren wollen. Die Fabriketage die wir gefunden hatten, blieb leer.
Wo sind die Leute mit den wir einziehen können? Wo sind die Leute die uns in unserer Zweierbeziehung aucch individuell ticken können?
Bitte schreibt an das INFO-BUG (wennmöglich mit Tel.) wir nehmen dann zu Euch Kontakt auf.

SJSZ

Durch einen faschistischen Brandanschlag auf das SJSZ wurden die hinteren Räume des Jugendfreizeitheims Anfang des Jahres zerstört.
Die Kinder richteten sich darauf Räume in der Mittelbaracke ein, die nur teilweise beschädigt waren (Schadensgutachten vom Architekten ca. 2 000.- bis 3 000.- DM). Wir unterstützten die Kinder bei der Renovierung des Kinderhauses. Doch das Bezirksamt blieb bei seinem Entschluß: Das Kinderhaus wird abgerissen.
Es gründete sich ein Elternkollektiv, mit dem wir zusammen Flugblätter machten, Unterschriften sammelten und die Leute im Stadtteil informierten.
Doch dies alles half nichts. Am Morgen des 28.März 74 rückte die Abrißfirma an. Da wir den Abrißtermin wußten, hatten wir die Räume schon vorher besetzt. Die Abrißfirma kam nicht auf das Gelände; sie verständigte Stadtrat Schmidt, der kurz darauf erschien. Nachdem Stadtrat Schmidt merkte, daß wir unsere Forderungen ernst meinten, schickte er am Nachmittag ein Bullen.-aufgebot und ließ das Kinderhaus abreißen. Am nächsten Tag erhielten wir die Kündigung des Nutzungsvertrages. Grund: Der Vorstand hat angeblich zu "kriminellen Handlungen"aufgerufen. Die Kündigung wurde von uns nicht angenommen;deswegen mußte das Bezirksamt die Räumungsklage einreichen.
Im Juni fand dann der erste Prozeß statt. Da Beweisantrag von uns gestellt wurde, mußte der Prozeß vertagt werden. Durch den Druck der Öffentlichkeit (Demo, Teach-in und Stände im Stadtteil) erreichten wir neue Verhandlungen. Der erste Vertrag, den uns das Bezirksamt schickte, enthielt fast nur Kündigungsparagraphen. Nach langem Hin und Her und einigen Vertragsverhandlungen wurde Ende September ein neuer Nutzungsvertrag abgeschlossen und das Bezirksamt zog die Räumungsklage zurück.
Damit der Vertrag unterzeichnet werden konnte, stellte das Bezirksamt folgende Forderungen: Der alte Vorstand darf nicht unterschreiben und die Satzungsänderung über die Kinderarbeit muß beim Amtsgericht Charlottenburg vorliegen. Der Vorstand wurde auf 5 erweitert, von denen einer den Vertrag unterschrieben hat.
Unterschiede zwischen dem alten und neuen Vertrag sind: Wohnverbot, Kündigungsfrist, Selbstverwaltung und Plenumsanerkennung.
Danach haben wir ein Wohnkollektiv gegründet. Wir starteten auch einen Bildungsurlaub. Wir fuhren mit 18 Leuten nach Wildsachsen bei Frankfurt. Während unseres Aufenthaltes besuchten wir die Opel-Werke und mehrere Jugendzentren. Dort zeigten wir unseren Film und diskutierten mit den Jugendlichen.
Danach setzten wir uns zusammen und bildeten mehrere neue Gruppen, da wir nun endlich Zeit für die eigentliche Arbeit im Zentrum hatten.
Aber es gab auch Probleme, z.B. die Finanzierung: Wir bekommen nur 3 500 DM im Jahr, womit wir längst nicht auskommen. Das Bezirksamt behauptet, es habe kein Geld.
1975 bekommen wir genauso wenig Geld und 1976 sollen wir genauso viel Geld bekommen wie vergleichbare Jugendheime, die Kinder- und Jugendarbeit leisten. Trotzdem braucht man nicht zu glauben, mit dem jetzt abgeschlossenen Vertrag alle Probleme beseitigt zu haben. Das Bezirksamt kümmert sich nicht darum, die Räume, die durch den Abriß beschädigt wurden, wieder instand zu setzen. Dadurch wird es uns im Winter wahrscheinlich nicht möglich sein, den großen Saal und einen Gruppenraum zu benutzen. Neulich tauchte z.B. das Gesundheitsamt völlig überraschend auf. Da wir noch immer keine Reinigungsmittel vom Bezirksamt bekommen, sah es nicht gerade sehr ordentlich aus. Es ist natürlich ein "Zufall", daß die Typen vom Gesundheitsamt gerade jetzt aufgetaucht sind. Mit diesen und ähnlichen Mitteln versucht das Bezirksamt trotz des abgeschlossenen Vertrags, unsere Arbeit kaputt zu machen.
Dies werden wir uns aber nicht gefallen lassen.

DER KAMPF GEHT WEITER !!!

Eröffnung einer neuen Kneipe!
An alle Liliomgeschädigten
Freitag,8.11.
Eröffnung des Spektrums,Coburger Str. bei Freibier

MEDIENGRUPPE
Freitag, den 8.11. um 19 Uhr im SZ .
Wie wär's mit je einer Kon - Taktperson zu existierenden Gruppen - z.B. Musik und Theater und andere ...Tel.:SZ

POLIKLINIKEN VOLKSENTSCHEID

Dieser artikel enthält einige informationen zum "Volksentscheid für Polikliniken" und soll für die diskussion unserer beteiligung an der initiative eine grundlage liefern.

zum verfahren

Die im augenblick von der initiative durchgeführte unterschriftensammlung (volksbegehren) bedarf 320000 unterschriften, was 20% der wahlberechtigten bevölkerung entspricht. Der Senat hat dann über den gesetzentwurf zur errichtung von polikliniken zu befinden. Lehnt er diese ab, muß ein volksentscheid durchgeführt werden. Beteiligen sich daran mehr als 50% der wahlberechtigten bevölkerung , ist dieser bei einfacher mehrheit angenommen. Beteiligen sich weniger als 50%, müssen insgesamt 30% der wahlberechtigten dafür stimmen. Da der volksentscheid in Berlin faktisch noch nie zur anwendung gekommen ist, existieren auch keine genaueren ausführungsbestimmungen.

tendenzen

Bislang sind erst wenige tausend unterschriften gesammelt worden. Die Jusos werden demnächst eine kleine anfrage im Abgeordnetenhaus zum thema volksentscheid einbringen. Die erste lesung zur abschaffung des gesetzes über den volksentscheid hat ja bereits stattgefunden. Erhalten bleiben soll nur die möglichkeit der auflösung des Abgeordnetenhauses über den volksentscheid. Dies wird offiziell begründet mit einer rechtsangleichung an den Bund.

Polikliniken

Es hat sie in Berlin bis 1955 gegeben. Was jetzt noch existiert sind Polikliniken an universitätskrankenhäusern. An diese muß man überwiesen werden. Die praxis dieser kliniken ist durch wartezeiten, bürokratismus und objekthafte bearbeitung gekennzeichnet.

Organisatorisches

ES existieren 8 oder 9 bezirkliche ausschüsse sowie 4 Kampfkomitees (hauptsächlich von der KPD getragen). Diese wie auch andere gruppen (Christen für den Sozialismus, bürgerinitiativen) senden delegierte zu einer koordinationsstelle (Do,19 uhr, Max und Moritz). Der KBW beteiligt sich bislang nicht mit delegierten, da er die plattform der initiative ablehnt.

politik des KBW

Der KBW lehnt staatliche polikliniken ab. "Denn auch in einer solchen poliklinik wird es stundenlange wartezeiten und minutenschnelle behandlung geben, hervorgerufen durch personalmangel und staatliches sparsamkeitsregime." Statt dessen fordert der KBW "übertragung des gesundheitswesens an eine einheitliche krankenkasse unter vollständiger selbstverwaltung der versicherten. Für die kosten sollen die kapitalisten aufkommen..."(Der Schrittmacher, Nr.22) Einheitskrankenkassen sind nur durch "heftige klassenkämpfe" zu erreichen. Volksambulanzen lehnt der KBW ebenfalls als scheinperspektive, als tropfen auf den heißen stein ab.

volksambulanz

In Kreuzberg wird am 23.11. in der Muskauerstr. eine von der KPD eröffnet. Approbierte ärzte werden hier kostenlos, zu jeder zeit, praktizieren. "Wir kommunisten wollen die elende medizinische versorgung der kinder auch praktisch verbessern, wir wollen zeigen, wozu die arbeiter und werktätigen unter führung der KPD in der lage sind: sie können eine neue gesellschaft ohne ausbeutung und unterdrückung aufbauen. Auch mit beschränkten technischen einrichtungen wird die versorgung und ambulante behandlung weitaus besser als die der krankenscheinsammler sein."(RF, Nr.41) Die mittel zum unterhalt der volksambulanz werden aus geld und sachspenden erbracht.Das monopol der niedergelassenen ärzte auf behandsoll damit gebrochen werden.

Achtung !!!

Die Wohngruppe im DRUGSTORE sucht zwecks eventueller Zusammenarbeit Kontakte zu der Wohngruppe, die sich früher in der Kurfürstenstr.1 bei Gerd traf.
Bitte meldet euch im DRUGSTORE 1/3o Potsdamerstr.18o
Tel.: 783 26 93
Wir suchen im DRUGSTORE noch Spiele für die Teestube (Schach,Mensch-Ärgere -dich -nicht,Skat ...usw). Wer spendet gebrauchte Spiele?

GENOSSINNEN UND GENOSSEN!

Wer kann uns eine strapazierfähige Waschmaschine für unsere Sponti-WG verkaufen ???
Tel. 782 5565

Wir SUCHEN 3-6 Zimmer-Whng. im Wedding. Nähe Badstraße .
Telefon: 795 5o 13

FORWARD
1 Berlin 45
Postfach 163

GI COUNSELLING CENTER
1 Berlin 62
Herbertstr. 6
Tel. 781 56 68

Wir sind eine Gruppe von ehemaligen GIs, die hier in Berlin stationiert waren, GIs, die gegenwärtig bei der US Armee dienen, deutschen und amerikanischen Zivilisten. FORWARD ist zunächst unsere Zeitung, die schon seit 4 Jahren von unserem Kollektiv heraus gegeben wird und kostenlos an die GIs verteilt wird. Die Jahre davor hieß sie "UP AGAINST THE WALL" und noch davor "WHERE IT'S AT", das liegt schon allerdings sechs Jahre zurück. Sie erscheint monatlich mit einer Auflage von 15oo-2ooo Exemplaren. Die Artikel stammen mal von uns, aber viel öfter von den Soldaten selbst, und behandeln aktuelle Themen aus den Kasernen in Berlin oder anderen Stützpunkten der US Armee auf der ganzen Welt. Die Artikel beschäftigen sich hauptsächlich mit dem Widerstand, den die GIs der Armee bieten, z.B. Rassendiskriminierung in dem Militär (Aufstand der schwarzen Matrosen auf dem LITTLE ROCK der 6. US Flotte aus Neapel), mit Ausbildungsschikenen bei militärischen Übungen, mit Sexdiskriminierung, die die Armee täglich benutzt, um die Soldaten psysisch zu unterdrücken, mit Drogenproblemen und vielem mehr. Daneben versucht FORWARD den US Imperialismus darzustellen (Chile, Puerto Rico, Vietman, usw.) Wir unterrichten über die Arbeiterbewegung in den USA und ihre Geschichte, und versuchen die Rolle der Armee herauszustellen, die oft bei Streiks, die von der Gewerkschaft organisiert sind, als Streikbrecher eingesetzt wird.

Fast 4 Jahre lang trafen sich die Leute von forWARD bei irgendwelchen Wohngemeinschaften, da wir keinen Kommunikationsplatz hatten. Dadurch wurde natürlich verhindert, daß Soldaten zu uns kamen, und die, die kamen, blieben das nächste Mal weg. Wir haben immer versucht aus dieser Situation herauszukommen, nicht immer mit Erfolg. Während dieser Zeit liefen verschiedene Sachen, um diesen miesen Zustand zu beseitigen und unseren Anspruch, daß FORWARD hauptsächlich von GIs getragen werden sollte, zu verwirklichen So wurde z.B. eine Kneipe in der Nähe der Kaserne von uns aufgemacht, die einerseits die Kommunikation unter den durch die Hierarchie isolierten Soldaten fördert sollte und adererseits einen Politisierungsprozeß durch Schulungsmaterial, Zeitungen, Vorträge und Filme einleiten sollte. Doch unser Anspruch war damals zu hoch, denn wir standen den Soldaten als eine Kadergruppe gegenüber, die den GIs nichts vermitteln konnte, weil sie nur ihr starres politisches Konzept im Kopf hatte. Gleichzeitig übte die Armee Druck a uf die Soldaten, die bei uns verkehrten, Spitzel saßen herum, und schließlich wurde uns die Kneipe gekündigt. In dieser Zeit fiel auch einer unserer größten Erfolge. Durch den Druck von FORWARD wurde die deutsche und amerikanische Öffentlichkeit auf die beiden schwarzen Deserteure Bolden und ROBERTSON aufmerksam. Sie waren aus Berlin desertiert, weil sie die Rassendiskriminierung in der Armee nicht länger ertragen konnten. Wir konnten erreichen, daß sie, als sie a us dem Exil zurückkamen, vom Militärgericht für nicht schuldig erklärt wurden und einen Freispruch erhielten. Diesem Gerichtsbeschluß waren Zeitungsinterviews und eine GI Demonstration vorausgegangen.

Seit Februar 74 haben wir eine Ladenwohnung gemietet, zwei Zimmer und Küche Bevor wir den Laden aufmachten, hatten wir uns gefragt, wie wir bei den Soldaten ein Verständnis wecken können für einen Politisierungsprozeß in der Armee. Wir haben uns gefragt, was wir tun können, um den GIs konkret zu helfen, ohne leere Versprechungen zu machen. Wir versuchen mit guten Erfolg den GIs Rechtsberatung zu geben, denn die US Armee hat Tausende Gesetze auf Lager, um den Einzelnen bei der Stange zu halten, und viele Soldaten haben Angst wegen Unkenntnis ihrer Rechte. Wir können Linksanwälte stellen, Informationsbroschüren herausgeben und verteilen, die den Widerstand des Einzelnen effektiver und gezielter unterstüzten. So eröffneten wir ein Rechtsberatunszentrum in Verbindung mit LMDC, d.h. Lawyers Military Defense Committee. Auß erdem verfügt 1/4 unserer nunmehr auf 2o Leute angewachsenen Kerngruppe über ausreichende bzw. gute Rechtskenntnisse der Armeegesetzscheiße. Zur allgemeinen Kontaktaufnahme veranstalten die GIs oft Feten, jeden Sonntag wird reihum gekocht, und es kann jeder GI kommen, der Lust und Zeit hat.

Um den Soldaten zu ermöglichen, sich mit Deutschen verständigen zu können, haben wir einen Deutschlehrer. Einmal in der Woche, Donnerstag, hält Marty Glabermann einen Vortrag über die amerikanische Arbeiterbewegung und über die Geschichte der Schwarzen in den USA. Marty ist Gastprofessor an der FU Berlin. Außerdem haben wir auch eine Frauengruppe, die sich mit den Problemen der weiblichen Soldaten in der Ar-

mee und mit den Problemen der Soldatenfrauen befaßt. Die Arbeit, die anfällt, z.B. Drucken, Saubermachen, Bürokram wird von allen erledigt.
Es lassen sich jetzt auch regelmäßig GIs hier sehen, die fest mitarbeiten, Artikel schreiben, und anderen Soldaten helfen, sich selbst zu organisieren. So kam es jetzt, daß zu einem Sonntagsessen an die 6o Soldaten a ufkreuzten, um sich mit unserer Hilfe gegen das Trag en von kurzen haa ren a ufzulehnen. Das Sonntagsesse hat sich als ein großer Erfolg herausgestellt, denn es nimmt das Unpersönliche und die Angst weg, und bei gelöster Atmosphäre haben die Neuen, die zu uns kommen, weniger Hemmungen aus sich herauszukommen und über ihre Schwierigkeiten zu reden. Einige haben nun die Initiative ergriffen, um sich gegen den Diskriminierenden Haarerlaß der Armee zu widersetzen. Sie sind der Überzeugung, daß der kurze Haarschnitt als Phlicht gegen die amerikanische Verfassung verstößt (Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit) und auch sexistisch ist. Die persönliche Entfaltung wird unterdrückt und die Soldaten werden sichtbar durch die kurzen Haare als Außenseiter in der deutschen Öffentlichkeit erkennbar. Die Haargeschichte hat unerwartete Ausma ße angenommen, Solidaritätsbekundungen aus aller Welt sind eingetroffe Mehrere Soldaten in Berlin kommen bald vors Militärgericht. Unsere Petition an den Kongreß, die sich gegen den diskriminierenden Haarerlaß der Armee wendet, wurde von 12oo GIs bis jetzt unterschrieben (4ooo GIs in Berlin) Da sich aus den oben genannten Gründen die Militärprozesse häufen, brauchen wir Rechtsanwälte, die unseren Brüdern in der Armee helfen, ihre Rechte durchzusetzen, und um die Schwierigkeiten der Armee zu erhöhen. Dadurch werden d die Soldaten zum Weiterkämpfen ermutigt, bis ein Bereich nach dem anderen den Schweinen aus der Hand gleitet und die Soldaten nicht mehr gegen das Volk sondern mit dem Volk leben, lieben und kämpfen. Spendet also, wenn Ihr könnt, damit w ir die Flugkosten für die Anwälte bezahlen können.

TERMINE

Di 2o Uhr Film:"Tribunal 1982 - 1. Welt im Gerichtsstand" im Afro-Zentrum Agisymba, 3o, Rankestr, 24

Filmtips:

Mi 19 Uhr "Andrej Rubljow(Udssr 1966)
Fr 19Uhr3o "Die Legende von Paul und Paula"(Ddr 73)
Mo 19Uhr3o Fellinis "Amarcord"
alle in der Landesbildstelle, 21, Levetzowstr.2

Im Arsenal laufen demnächst Filme über den Spanischen Bürgerkrieg und über Frauen im proletarischen Film.

Fr 19Uhr3o erzählt Dipl.Pol.H.P.Hempel was über "Die zerstörte Zwischenmenschlichkeit - Versuch, die Welt besser zu verstehen" in der TU, H 112
Fr 2o Uhr Drugstore-Eröffnungsfete im Drugstore, Potsdamer Str.18o
Fr 17Uhr Spielen "Schwirrholz" im Focus, 44, Donaustr.83
abends spielen sie in der Anode, 61, Friedrichstr. 21o, gegen 22 Uhr Film "Wer braucht wen?"
DIE: "SCHLACHT UM ALGIER" IM SCHLÜTER.
MITTW.: "SACCO UND VANZETTI" BUNDESPLATZ.

Preis-Streik in Italien

Familien kämpfen gegen die Inflation

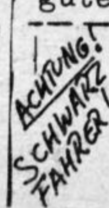
Rom (AP). Italiens Hausfrauen wollen den ständigen Preissteigerungen und der Inflation ein Schnippchen schlagen. Sie haben sich, wie Gewerkschaftsvertreter es formulierten, zu „zivilem Ungehorsam" entschlossen. In Turin, Mailand und Rom weigern sich ingesamt 100 000 Familien, Tariferhöhungen für elektrischen Strom und Fahrpreiserhöhungen für Omnibusse zur Kenntnis zu nehmen.

Allein in Turin haben 40 000 Familien nur 50 Prozent ihrer Lichtrechnung bezahlt, und weitere 60 000 Familien haben angekündigt, daß sie bei der nächsten Stromrechnung das Beispiel nachahmen würden. Ein Gewerkschaftsführer erklärte dazu, die staatliche Elektrizitätsgesellschaft Enel müsse zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeiter diskriminierende Preiserhöhungen ohne vorherige Konsultationen nicht zur Kenntnis nehmen würden. Drohungen der Enel, säumigen Kunden den Strom abzuschalten wollen die Elektrizitätsarbeiter mi[t] Zustimmung der Gewerkschaften sa[bo]tieren. In den Arbeitervorstädte[n] Roms wird gegen Enel in ähnliche[r] Weise verfahren. In Mailand habe[n] Benutzer von Omnibussen die Ver[teuerung] der Wochenkarten für Pend[ler] von 1200 auf 1500 Lire einfa[ch] nicht zur Kenntnis genommen, so da[ß] sich das private Omnibusunternehme[n] gezwungen sah, die Fahrpreiserhö[hung] zurückzunehmen. Tsp. 31.10.74



Leute,erwartet nicht daß wir uns Einkauftips aus den fingern saugen werden! Macht mit!Je mehr mitmachen desto besser läufts:merkt euch SONDERANGEBOTE usw.u. ruft sonntags abend beim INFO an,oder schreibt oder kommt vorbei.

-STYROPORplatten:7o pf.der qm.,bei Kapella(Werdauerweg),im vergleich:im Einzelhandel kostet eine platte(=1/2qm) 1,1odm.Bei solchen sachen lohnt es sich oft,vorher ein paar firmen(am besten großhandel)anzurufen um einen preisvergleich zu machen.
-im US-shop in der turmstr.,13,gibs billige,gebrauchte,wollene Wintersocken
-für Charlottenburger:im "Ullrich-discount"(Zille ecke wilmersdorfer u. kantstr.,unter der S-Bahn)gibt es die gute "Gloria-margarine"für 1,43dm.



Fahrgäste zählt die BVG vom 4. bis 13. November auf den U-Bahn-Linien 7 und 9 zwischen den Bahnhöfen Blissestraße und Yorckstraße (Linie 7) sowie Rathaus Steglitz und Güntzelstraße (Linie 9). Die Fahrausweise — auch an den für Sichtkarteninhaber vorgesehenen Zugängen — müssen deutlich vorgezeigt werden. Tsp. 2.11.74

WIRTSCHAFTSLAGE

Versucht wird im folgenden Artikel eine Antwort auf den Leserbrief aus Info 28 der sich auf "Wirtschaftslage" in Nr. 27 bezog; versucht wurde außerdem die Antwort quasi als eigenständigen Art. abzufassen.
Unsere Schwierigkeit war und ist, wie dieser Art. an dem vorbei geht, was ein Interesse "im allgemeinen Durchschnitt" an Wirtschafts-Zusammenhängen darstellen könnte.
Die Frage ist, ob Desinteresse und Unverständnissam Wirtschaftsteil einer Zeitung umschlagen sollte in kategoriale Ableitungen, die meist auch an mangelnder Vermittelbarkeit realer Vorgänge leiden.
Die folgende Antwort auf den Leserbrief lies sich auf Grund der Fragestellung kaum anders gestalten. Wir waren am Ende unserer Diskussion sehr unzufrieden, sowohl, was das theoretische Ergebnis anbelangte, als auch über das Geschriebene.
Wir würden es nötig finden, daß alle Wirtschafts-Interessierten(Ökonomen, Nicht-Ökonomen) einmal Interesse bekunden. Schreibt ans Info.

Ihr stelltet im 2.Teil eueres Leserbriefes kurz dar ,wie Marx zu der Meinung einer tendenziell fallenden Profitrate gelangte,wobei durchaus die Profitmasse steigen kann.Dabei ist profitrate zu betrachten als profitmasse bezogen auf das vom Kapitalisten vorgelegte Kapital (Geld,Maschinen,Lohn usw.)
Euere Frage war nun,weshalb vor allem die Profitrate Dreh- und Angelpunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung und somit auch bei Krisenerscheinungen ist;und der Kapitalist sich eventuell nicht durch eine steigende Profit<u>masse</u> zufriedenstellen läßt,obwohl die profit<u>rate</u> vielleicht fällt?
Wir möchten einige Faktoren anführen,die unserer Meinung nach die Bedeutung der fallenden Profitrate ausmachen:

1) Das Kapital ist an Expansion,und zwar in immer weiterem Rahmen interessiert.Die erzielten Profite pflegt es zu reinvestieren, also wieder produktiv anzulegen. Sinkt die Profitrate von vielleicht heite 5% im Lauf der Zeit auf 4% und weiter auf 3%,dann kann prozentual auch weniger investiert werden,der Wachstum des kap. Systems ist also abgebremst.Kommen diese Schwierigkeiten plötzlich (s.u. Punkt 3),kann es ganz hübsche Wachstumsprobleme geben.



2) Stellen wir uns einmal auf den Standpunkt eines "Überkapitalisten", auf den Wolken über allen einzelen Kapitalisten schwebend und klug die Zukunft im Interesse aller vorausberechnend.Dieser "Überkapitalist" wird,wenn ein Abfallen in der Höhe der Profitrate zu erwarten ist,nicht zu Neuinvestitionen raten,weil dadurch die Verwertung des schon eingesetzten Kapitals in Mitleidenschaft gezogen wird.Beispiel: Verwertet sich das Kapital mit bisher 10% Profitrate,aber für die Neuinvestition ist nur eine Rendite von 8% drin,dann ergibt sich für daS alte und neue Kapital zusammen eventuell nur noch eine Profitrate von 9 oder 9,5 %,je nach Größe des dazugekommenen Kapitals.Diese Überlegung ist sicherlich nicht nur vom Standpunkt eines klugen "Überkapitalisten" nützlich,sondern wird sicherlich auch in manch gewöhnlicher Kapitalistenvorstandsetage angestellt.

3)Es ist falsch anzunehmen,der tendenzielle Fall der Profitrate sei ein gleichmäßig ablaufender Prozess. Im Gegenteil ,die Sache verläuft sprunghaft,durchsetzt mit <u>gegen</u>läufigen Entwicklungen.In dem einen Zeitabschnitt (z.B. Boomphasen) werden Profitrate und Profitmasse steigen.Die gesetzmäßigkeit des tendenziellen Falls wird sich im nächsten Zeitabschnitt dann so durchsetzen,daß beide-profitrate und Profitmasse- fallen müssen.

Diese 3 Argummente bewegen sich mehr oder weniger auf dem Standpunkt des Kapitals überhaupt oder "im Allgemeinen Aus dem Blickwinkel eines einzelen Kapitalisten kann man noch folgende Betrachtungen anstellen:

4)Der Einzelkapitalist pflegt seine zukünftigen Profite,Bezogen auf sein in die Produktion zu steckendes Geld, gut vorauszuberechnen.Errechnet er nur eine Profitrate von einem Prozent -das können bei einer Investitionssumme von 3 Mrd. DM durchaus 30 Mill. DM Profitmasse seim - so wird er zögern,sein Geld anzulegen. Denn seine Prognose rechnung kann irgendeinen Fehler haben,z.B. kann er seine Komkurenz unterschätzt haben, oder die bösen Ölscheichs pfuschen ihm wieder in's Handwerk.Dann ist die Rendite von 1% schnell dahingeschwunden und der Kapitalist sitzt auf dem Trockenen.Eine zu erwartende Profitrate von 5% ist dagegen viel verlockender,der Risikopuffer ist auch größer.So wartet in sich anbahnenden Krisenzeiten jeder kapitalist auf sich besserndes Profitwetter und die Krise verallgemeinert sich.
5)Jeder Einzelkapitalist nimmt mehr oder weniger hohe Kredite zur Finanzierung von Investitionen auf.Diese Kredite laufen oft über längere Zeiträume und der Kapitalist muß sie mit Zins und Zinseszins zurückzahlen. Sinkt nun im Lauf der Zeit die Profitrate bei dieser mit Krediten finanzierten Investition, unter den Zinssatz auf diese Kredite,so arbeitet der Kapitalist mit Verlust.Beispiel: Eine Automobilfabrik richtet sich ihr neues Zweigwerk mit Hilfe von Krediten ein,für die 10% Zinsen gezahlt werden müssen. Wirft diese Anlage aber nur 8% Gewinn ab,kann die Automobilfabrik ihre kredite kaum zurückzahlen.Ein aktuelles Beispiel ist da der Baulöwe Mosch (aus der Zunft von kressmann-Zsasch).Er kann seine Kredite nicht an die Banken zurückzahlen und geht deshalb vielleicht bald baden.

Ich glaube wir haben hiermit innsgesamt einiges zur Bedeutung der Profitrate für den kap. Akkumulationsprozess angedeutet.Wobei aber sicherlich festgehalten werden kann,daß gr große Unternehmen in manchen Fällen mit einer hohen Profitmasse über die evt. niedrige Profitrate hinweggetröstet werden können.Die großen Unternehmen arbeiten auf der Basis einer riesigen vorgeschossenen Kapitalsumme.Wenn auch die Profitrate darauf gering sein kann,gibt doch die erbeutete Profitmasse eine gewisse Standfestigkeit in schlechten Zeiten.



Ihr meint, Ursache der Krise könne die Überproduktion von Waren sein, die dann nicht mehr abgesetzt werden könnten und der in ihnen enthaltene Mehrwert also nicht realisiert werden könnte.
"Der Mehrwert läßt sich aber nur realisieren, wenn die Waren, die hergestellt werden, auch abgesetzt werden".
Das läßt sich kaum bestreiten, sagt aber leider überhaupt nichts darüber, wieso sich die Waren nicht absetzen lassen. Eine Möglichkeit, daß zu erklären, wäre der Markt. Der Kappi merkt immer erst hinterher, ob das Zeug, was er hat herstellen lassen, an den Mann zu bringen ist oder nicht Also ist es möglich, daß er zuviel hat produzieren lassen. Wenn das die Ursache der Krise wäre, gäbe es gar keine konjunkturelle Krise, alles wäre dann eine Strukturkrise. Die vorhandene, ausreichende Nachfrage müßte nur anders strukturiert werden und das ganze Problem wäre behoben. Ich sage nicht, daß dieser Vorgang nicht tatsächlich sich abspielen würde, täglich. aber gerade darum erklärt der Markt die besondere Eigenart konjukktureller Schwankungen nicht.
Tatsache ist, daß es zeitweilig(auch gerade in konjukturellen Krisen) einen Haufen nicht absetzbarer Waren gibt. Wenn die Waren nicht absetzbar sind, woran fehlt's dann aber?(Zu beachten ist, daß die Dinger garnicht um jeden Preis nicht absetzbar wären, sondern nur zu dem, der die Profitstabilität sichert).
Es fehlt offentsichtlich an einer genügend hohen Nachfrage. Die Nachfrage setzt sich aber zusammen aus Lohneinkommen und Gewinnn. Nun ist es aller-

dings kein Geheimnis mehr, daß es die Eigenart des Kapitalismus ist, das Lohneinkommen(nennen wir's, obwohl es lax ist) möglich gehalten werden müssen, um den Profit (nennen wir's gleichermaßen lax) möglichst zu steigern, mindestens aber zu halten.
Die beständige Unterbezahlung der Massen, die allgemeine Krise des Kap. ist nun allerding auch nicht die Ursache der konjunkturellen Krise, wie es die Unterkonsumtionstheorie will.
Wenn dem so wäre, würde man damit unterstellen, es gäbe im Kapitalismus keinen anderen Antrieb der Produktion als den Konsum.
Besonderheit der kapitalistischen Produktion ist aber, daß Löhne gedrückt werden, um den Gewinn zu steigern, um akkumulieren zu können. Die sowie beständig zu niedrige Konsumtionskraft der Massen muß und soll (das ist der Zweck der Übung) kompensiert werden durch einen entsprechenden Zuwachs der Akkumulation. Dazu muß der Mehrwert wachsen, was aber gerade durch die Akkumulation letzendlich wieder kaputtgemacht wird(tendenzieller Fall der Profitrate).
Konjunkturelle Krise ist also beides sowohl Unterkonsumtionskrise als auch Überproduktionskrise: einem zuviel an Waren steht ein zuwenig an Nachfrage gegenüber. Das Zuwenig ist aber im letztlich zuwenig Mehrwert, zuwenig Akkumulation.

MP-PROTOKOLL

1.Info-Redaktion:Die Genossen,die vorletzten Sonntag die Info-Redakt. machten,haben sich beklagt,daß sie bis 3 Uhr tippen mußten,und trotzdem nicht fertig wurden,so daß die Erklärung der Tegeler Gefangenen nicht mehr hineingekommen ist.Jedoch waren zu Beginn der Redakt. mehrere Genossen mit Schreibmaschinen gekommen, um zu helfen,aber nachdem keine Artikel vorlagen,sind sie nach 20 Uhr wieder abgehauen.Weil die Artikel erst viel später eintrudelten,mußten die Beiden Unentwegten dann alles alleine machen.Also deshalb:

> Redaktionsschluß ist 20 Uhr!
> Was später kommt,erscheint im nächsten Info.

2.Kindergeld-Gesetz:Im Info 30 wurde schon ausführlicher über das Gesetz berichtet,welches beinhaltet,daß die ausländischen Arbeiter (ausl.= nicht zur EWG gehörig) für ihre Kinder,die in der Heimat geblieben sind,nur einen kleinen Teil des normalen Betrages bekommen.Die Verabschiedung dieses Gesetzes wurde bisher vom DGB mit leichtem Bedauern übergangen!
Aber,wie der spanische Kollege berichtete,organisieren sich die ausländischen Arbeiter selbstständig.Es gibt schon 17 Komitees in der BRD, die alle Ausländer und auch dt.Kollegen mobilisieren wollen,denn es ist ein gemeinsames Problem,ein Spaltungsversuch der gegen alle Arbeiter gerichtet ist.Die gemeinsame Plattform ist:
1.Gegen das Kindergeld-Gesetz!
2.Gegen die Diskriminierung ausl.Arbeiter!
3.Gleiches Recht für alle!
Eine gute Mobilisierung ist allerdings sehr schwierig,weil die Ausl. überall verstreut sind und zudem verschiedene Sprachen sprechen.Wir können helfen,indem wir uns bekannte Ausländer + Deutsche informieren,daß

> am 17 Nov. in Frankfurt, 12 Uhr, Opernplatz,eine multinationale Demonstration stattfindet.

Eventuell ist auch am 16.Nov. eine Demo in Berlin,wir werden dann nochmal drauf hinweisen und dort auch mitlaufen (wenn's geht!)

3.FORWARD:Eine Selbstdarstellung und genauere Informationen der Gruppe sind in diesem Info!
Die Aktivität der Gruppe verstärkt sich gerade jetzt ziemlich stark, weil sie von vielen GIs in Anspruch genommen wird,die sich weigern,ihre Haare weiterhin kurz zu tragen,und es als einen Eingriff in die persönliche Freiheit sehen.(In Berlin sind es etwa 60 Weigerungen!) Die kurzen Haare isolieren die GIs von den Deutschen und vor allem von den Linken, die Leuten mit Militärschnitt mit Vorurteilen und Mißtrauen begegnen. Diese Beziehung zur Armee ist insofern falsch,als daß man sie direkt als rechts bis faschistisch abtut. 1. trifft das nur für einen Teil der Soldaten zu,und 2.hat Chile gezeigt, daß ganz besonders die Armee beeinflußt und unterwandert werden muß. Die auffallend kurzen Haare erleichtern auch die Kontrolle der GIs durch die MP und Spitzel.Über dieses, zT. persönliche Problem der Haare hat sich bei FORWARD eine gute Arbeit entwickelt,die nicht von anderen Gruppen isoliert sein darf,oder ideologisch sogar falsch eingeschätzt wird.

4.Knast-Geschichte:Es gab sofort Angriffe,daß nicht genügend informiert wird.Dementsprechend groß waren die

Termin- und Informationsverwirrungen. Allerdings sind die aktiven Knastleute schon seit Wochen so überlastet, daß es ihnen kaum möglich ist,ihre eigene Arbeit zu planen und zu koordinieren,geschweige denn dem MP jede Woche einen Bericht zu liefern,obwohl es dringend nötig wäre.Aber zum einen könnten die Genossen vom MP der Knastgruppe stärker unter die Arme greifen und sie entlasten,und zum anderen auch den Informationsfluß in Gang halten,denn der Streß der Knastleute wird in nächster Zeit wohl nicht weniger.Im Moment laufen verschiedene Versuche,über Stadtteil- und Betriebsgruppen,DGB,Straßendiskussionen und Jugendfreizeitheime die Situation im Knast allgemein bekannt zu machen und praktische Solidarität anzuleiern.Falls das klappt, gibt es noch Arbeit für ein paar Leute mehr.

Nächsten Mi. 6.11.,wird ua. über den Volksentscheid diskutiert!

DER SENATOR ERZÄHLT

An das
Wohnkollektiv des
SSB e.V.
1-61, Wilhelmstr. 9 25.Okt.74

Betr.: Veranstaltung am heutigen Tage in den Ihnen zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten

Wie ich erfahren habe, beabsichtigen Sie, am 25. Oktober 1974 Räume im Hause Wilhelmstr. 9 für die Durch-Führung einer Veranstaltung über die Situation der politischen Gefangenen zur Verfügung zu stellen.
In diesem Zusammenhang muß ich auf folgendes hinweisen:

1. Sollteim Verlauf dieser Veranstaltung zu strafbaren Handlungen aufgerufen werden, so stellt dies, auch wenn der Aufruf nicht von Bewohnern des Hauses ergeht, eine Verletzung der Paragraphen 9 u. 11 der Nutzungsvereinbarung vom 2. März 1973 dar und kann zu deren Kündigung führen.
2. Werden minderjährige Bewohner des Hauses Wilhelmstr. 9 zur Teilnahme an strafbaren Handlungen aufgefordert, so muß hier davon ausgegangen werden, daß das Wohl dieser Minderjährigen gefährdet ist. Auch aus diesem Sachverhalt kann sich eine Kündigung der Nutzungsvereinbarung ergeben.

Im Auftrage
Mütte

HEZ REDAKTION

Als regelmäßigem Leser der "hez" (Berliner Heim-&Erzieherzeitschrift) stießen mir in den letzten Nummern immer mehr Artikel unangenehm auf, die mit den sattsam bekannten Floskeln den Standpunkt der KPD darlegten. Naja, dachte ich, wieder mal eine Redaktion, die mehr oder weniger heimlich vom Parteiklüngel eingesackt worden ist - erst letzte Woche habe ich mitgekriegt, daß die Redaktion der "Roten Robe" seit der letzten Ausgabe auf dem Programm des KBW steht.
In der Oktober-Nr. der "hez" wird das jetzt mal angesprochen. Außer einer Fraktion der KPD-Sympatisanten gibt es in der "hez"-Redaktion auch eine "Fraktion der nicht parteigebundenen", die an den von den KPD-Sympis eingebrachten Artikeln kritisiert, daß Reformen nur einseitig gesehen werden, d.h. ihre negative Funktion als stärkere Bindung an das kapit.System, ihre positive Seite, die momentane, meist äußerst geringe Verbesserung für die Betroffenen, überhaupt nicht eingeschätzt. Außerdem wurden in solchen Artikeln Kampagnen der KPD unterstützt, ohne ihren Stellenwert für den Heimbereich bzw. ihre polit.Relevanz zu diskutieren.
Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fraktionen sollen jetzt etwas öffentlicher geführt werden. Das heißt dann natürlich auch, daß alle, die ein Interesse daran haben, daß in der "hez" nicht nur KPD-Meinungen stehen, sich ab und zu mal hinsetzen und ihre Auffassung von den Auseinanderstzungen im Heimbereich aufschrieben und hinschicken.

Was noch alles in der neuen "hez" steht: ein Bericht von der Mitgliederversammlung der ÖTV-Abteilung Sozialarbeit, was zum Jugendpolitischen Forum, was über Jugendzentren und über Jugendwohngemeinschaften.

Mediengruppe
Freitag 8.11. 19 Uhr im SZ
Wie wärs mit je einer Kontaktperson zu existierenden Theater-, Musik u.andere Gruppen ?

Frankfurter Rundschau

Faschismus auf der Leinwand

Die Charakterisierung, faschistisch zu sein — die hier offenbar längst nicht mehr als Vorwurf, eher wohl als Empfehlung verstanden wird —, kommt weder „aus dem Osten" noch „von den Linken", sondern, wie der Film selbst, aus den USA. Dort zählt er neben zahlreichen anderen ähnlichen Filmen, deren Flaggschiffe etwa „Der Pate", „Der Exorzist" (und demnächst der eine oder andere „Katastrophenfilm") sind, zu jener Armada der Gegenaufklärung, die mit einer genremäßig weit aufgefächerten aggressiv-reaktionären Ideologie das Bewußtsein und das Unbewußte, Denken und Handeln von Menschen besetzen möchte. Sie trifft da bei vielen auf ein Vakuum, das entstanden ist, nachdem liberale Illusionen über Staat, Gesellschaft und Recht (nach Watergate etc. pp.) verdunstet sind.

Die Großstadtkriminalität in den USA ist seit geraumer Zeit Thema der verschiedensten Filme und Fernsehserien. Wenn auch „Ein Mann sieht rot" von Michael Winner Vorläufer hat — z. B. „Dirty Harry" von Don Siegel —, so wagte doch bisher kein Regisseur seinen thematischen Gegenstand derart zu faschisieren. Der Italowestern-Star Charles Bronson — als Schauspieler so wandlungsfähig wie Buster Keatons Stone-Face — spielt einen liberalen, pazifistischen New Yorker Architekten: Paul Kersey. Nach der Ermordung seiner Frau und der Vergewaltigung seiner Tochter, die in Wahnsinn verfällt, wird Kersey zum „Vigilanten". Auf eigene Faust, „alten Pioniertugenden" folgend, tötet er vorbeugend Verbrecher, die er, als harmloser Bürger getarnt, nachts auf Straßen, in Parks und in der U-Bahn anlockt und reihenweise abknallt. Die Massenmedien greifen seine Taten auf, wie die Illustrierte Rechtspresse bei uns die Mordzüge der brasilianischen „Todesschwadronen" insgeheim zustimmend verbreitet hat. Angeblich sinkt durch den Vigilanten und seine Publizität die Verbrechensrate. Als die Polizei Kersey auf die Spur kommt, schiebt sie ihn auf Anweisung der Justiz ab. Man hat kein Interesse, den „öffentlichen Wohltäter", der unter Kriminellen soviel Schrecken verbreitet, abzuurteilen.

Michael Winners Machwerk besitzt synthetischen und pamphletistischen Charakter. Die Figur Kerseys wird mit einnehmenden Eigenschaften bepflastert: er ist ein Liberaler, saß wegen Wehrdienstverweigerung während des Koreakrieges im Gefängnis und haßt Schußwaffen, weil sein Vater, ein Jäger, durch ein Versehen dadurch umkam. Als sei diese oberflächlich skizzierte Haltung nur eine großstädtische Marotte, fällt sie von ihm ab, nachdem er die freie Luft des Westen geschnuppert hat. Dort, in Arizona, wohin er — um über sein Leid hinwegzukommen — von seiner Firma für einige Zeit geschickt worden war, trifft er auf einen sympathischen Westerner, der ihm vom Faustrecht der Prärie vorschwärmt, das hier noch gelte. Er gibt Kersey als Abschiedsgeschenk einen Revolver mit. Zurück in New York hat sich der Liberale gewandelt. Die Umkehrung eines Paulus in einen Saulus vollzieht der Film durch Schlagworte, mythologische Versatzstücke: während Kersey noch am Anfang in Arizona einem Show-Down für Touristen in einer Western-Stadt gelangweilt zuschaute, hatte er schon am Ende seiner Reise zu den Vätern seinem Mentor bewiesen, daß er, der Pazifist, ein Scharfschütze ist.

Michael Winners Regie unterstreicht die appellative Tendenz der Darstellung: die Amoralität, mit der Winner scheinbar bloß erzählend die Fakten aneinanderreiht, spart nicht nur Differenzierungen, Widersprüche und Hintergründe von vornherein aus, sondern sympathisiert, als Haltung eines Regisseurs zu seinem Stoff, mit den Handlungsweisen Kerseys.

Die offene Propaganda für eine sofortige vorbeugende Lynch- und Selbstjustiz (nicht für Selbstverteidigung, sondern für Mord), für eine gründliche Kriminalisierung des Bürgers, um der Alltags-Kriminalität zu begegnen, unterstreicht der Film noch dadurch, daß er Polizei, Justiz und Presse zu Verschworenen des Vigilanten macht. Kersey führt einzelgängerisch aus, woran die Öffentlichkeit aufgrund ihres Rechts- und Normensystems (leider) gehindert scheint. Ihre Schützenhilfe im wörtlichsten Sinne des Wortes besteht deshalb darin, den „sauberen" Mörder zu dulden. Innerhalb der Argumentation von „Ein Mann sieht rot" bleibt ihr gar nichts anderes übrig, dadurch scheint ihr Verhalten strategisch richtig und ethisch gerechtfertigt. D. h. Winners Film propagiert nicht nur den „individuellen Faschismus" eines Einzelgängers, sondern rechtfertigt auch den Faschisierungsprozeß innerhalb der öffentlichen demokratischen Institutionen (Polizei, Justiz, Presse).

Die Konsequenz, welche das „Wall Street Journal" daraus zieht (womit der Verleih wirbt), läßt daran keinen Zweifel: „Wenn unsere Zivilisation uns nicht beschützt, bleibt uns zu unserem Selbstschutz nur noch übrig, die Moral- und Sittenbegriffe dieser Zivilisation wegzuschmeißen. Dieser Film beschreibt die Aufgabe zivilisierter Verhaltensweisen nicht nur, er propagiert sie." Die Nazis haben nicht viel anders gesprochen.

Während der CIA als ein direktes Mittel des US-amerikanischen Imperialismus fungiert, gehört die auf breiter Front vorgetragene Offensive dieses und zahlreicher anderer jüngster Filme, deren inhumaner, brutaler, faschistischer Tendenzgehalt offenkundig ist, zu den sichtbarsten Signalen einer neuen ideologischen Qualität des US-amerikanischen Kultur-Imperialismus, der in seiner alltäglichen Form längst unser Leben und Denken durchwirkt. Fragt sich nur, ob wir gewillt sind, alle seine Verfallserscheinungen nachzuvollziehen.

Sicher sind diese Filme auch Dokumente, die Zeugnis ablegen von dem, was in den USA — zumindest in deren Metropolen — augenblicklich vorgeht. Aber der ökonomische Verwertungszusammenhang, in dem die Filme bei uns erscheinen, macht sie zu mehr als bloßen Dokumenten oder Informationen. Wenn ein Verleih — die „Tobis", die von dem Karl-May- und Edgar-Wallace-Produzenten Horst Wendland angeblich nur zum Vertrieb der alten Chaplin-Filme neugegründet worden war — in einen Film wie „Ein Mann sieht rot" mehr als 300 000 DM allein an Kopienkosten investiert (rund 50 Kopien zum Stückpreis von mindestens 6000 DM), dann verspricht man sich nicht nur ein Geschäft, sondern man wird auch dafür sorgen, daß es eines wird: durch gleichzeitigen Massenstart. Damit potenziert sich die eindeutige, plakative ideologische Tendenz des Films wie schon im Falle von „Der Pate" und „Der Exorzist". Aus einer Absatzstrategie kann sich der Flächenbrand ideologischer Indoktrination entwickeln. Denn hier wird nicht nur mit einem Film gehandelt, sondern mit faschistischer Konterbande. (Europa, Eldorado)

WOLFRAM SCHÜTTE

Ein Mann sieht rot



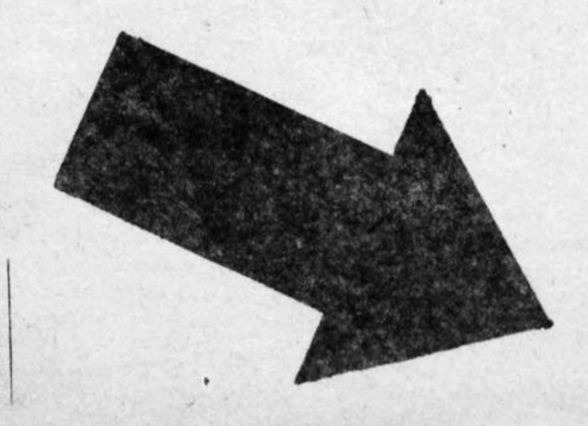
Bronson führt das aus, wovon wir alle nur träumen.

Charles Bronson schießt Amerika frei!
Wenn Notwehr zum Vergnügen wird.

Gangsterkillen — ein Bürgerhobby?
Jeden Mord begrüßt das Publikum mit frenetischem Applaus.

(Zitate aus dem Presse- und Werbematerial des Tobis-Verleihs zu „Ein Mann sieht Rot")





'128 GERICHTSREFERENDARE ZUM HUNGERSTREIK'

(Auszug aus unserer Anzeige im Tsp. v.30. 10.74:) Seit dem 13.9. befinden sich ca 40 politische und andere Gefangene in Berlin und der BRD in einem unbefristeten Hungerstreik auf Leben und Tod. Sie fordern Aufhebung ihrer Sonderbehandlung und Isolierhaft. Durch diese Haftbedingungen sollen sie als politische Gegner physisch und psychisch in ihrer Persönlichkeit gebrochen werden.
Isolation heißt: Strenge Einzelhaft, Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen und gemeinsamer Freistunde, Außenkontakt nur über Anwalt oder nächste Verwandte, strikte Postzensur, heißt monate- und jahrelang mit sich allein zu sein, 23 1/2 Stunden am Tag auf wenigen qm.
Der Senator für Justiz Korber bestreitet seit je, daß es in Berlin Isolierhaft gibt. Tatsache ist, daß alle politischen Gefangenen in den West-Berliner Haftanstalten in den letzten 4 Jahren zumindest zeitweise in dieser Form isoliert worden sind.
(z.B. H .Jansen, strenge Einzelhaft über 3 Jahre und 7 Monate, von Febr. 1971 bis Sept. 74; zusätzlich durch Beschluß des Landgerichts Berlin v. 27.7.72 eine Hausstrafe von 5 Tagen verschärften Arrestes, weil er den Gruß eines Mitgefangenen erwidert hatte, und es 'für den Tatbestand der Kontaktaufnahme unerheblich ist, von wem der erste Anstoß ausgeht, sondern es kommt darauf entscheidend an, daß der Beschuldigte auf Zurufe reagiert.')
Durch Beschluß des Kammergerichts vom 20. 3.74 wurde ihm außerdem als U-Häftling, für den die generelle Unschuldsvermutung gilt, die Anwendung von § 21 StGB verwehrt, der eine Ausdehnung der Einzelhaft bei Strafgefangenen über drei Jahre hinaus verbietet. Inzwischen hat Jansen das Zusammensein mit mehreren Menschen verlernt.
Ihre schärfste Form findet Isolierhaft im toten Trakt: kein Wechsel von laut und leise durch totale Geräuschisolation, Reduzierung der optischen Reize durch kahle weißgetünchte Zellen. Ergebnis: A.Proll mußte nach 6 Monaten toten Trakt in Köln-Ossendorf als verhandlungsunfähig durch Gerichtsbeschluß entlassen werden.
K. Hammerschmidt wurde die ärztliche Fürsorge verweigert - bei ihrer Haftentlassung war ihr Tumor kindskopfgroß und unheilbar (Strafanzeige RA Schily 11.1.).
Die evang. Kirche in Bln-Brandenburg - aufmerksam gemacht durch die Besetzung der Heilig-Kreuz-Kirche in Kreuzberg - erklärt, sie werde sich für eine Untersuchung der Haftbedingungen einsetzen. Um Sen. Korber zu einer öffentlichen Diskussion mit den Anwälten zu zwingen, fand ein Solidaritäts-Hungerstreik statt.
Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen: ABSCHAFFUNG DER ISOLATION!
MEDIZINISCHE VERSORGUNG DURCH ÄRZTE FREIER WAHL!
GLEICHE UND MENSCHENWÜRDIGE BEHANDLUNG ALLER GEFANGENEN!
Besonders verurteilen wir jeden Versuch, den Gefangenen das einzige Mittel, sich wirksam zur Wehr zu setzen - den Hungerstreik - durch Wasserentzug zu nehmen; jüngstes Beispiel: R.Augustin vom 15.-18.10.

als Unterzeichner 20 Ref. + 'verantwortlich: Wolfgang W. (Personalrat und Vors. der ötv-Fachgruppe Gerichtsref.)'

Die Reaktion von ÖTV-Gewerkschaft und vom Kammergerichtspräsident als unser 'Dienstherr' folgte prompt - und entlarvend: das Grundrecht der Meinungsfreiheit als bürgerlich-demokratische Errungenschaft ist nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben steht, wenn die Meinungsäußerung im Kern sich gerade gegen das Unmenschliche dieser 'bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsordnung' richtet.
Die ÖTV wendete sich sofort per Fernschreiben an den Tagesspiegel (nicht an uns!!) und teilte mit, daß sie sich "mit allen Konsequenzen" gegen alle Unterzeichner, sofern sie ötv-Mitglieder sind, vorgehen werde, und daß schon (!) für zwei Tage drauf zu einer außerordentlichen Vorstandssitzung eingeladen sei,"deren einziger Tagesordnungspunkt 'Ausschlußverfahren gegenW.W. und andere' ist". Und weiter:"die Gewerkschaft ötv läßt nicht zu, daß Justiz- und Justizvollzugsbedienstetein derart beschämender Weise in der Öffentlichkeit verunglimpft werden"; und erklärt,"daß es sich bei der Anzeige um eine gesteuerte Aktion handelt, die in keinem verantwortlichen Gremium ihrer Organisation ... beschlossen w. ist."
Wir erfuhren von diesem Fernschreiben zwar noch am gleichen (30.10.) Abend, wenn auch erst vom Tsp., hatten so aber wenigstens Gelegenheit zur sofortigen Stellungnahme: auf diese Weise erschien dann im Tsp. v. 31. 10. auch unser Aufruf an alle Kollegen, am nächsten Tag bei der ÖTV-Vorstandssitzg eine öffentliche Anhörung zu erzwingen. Dort machten die Gewerkschaftsbonzen dann auch deutlich, was sie eigentlich wollten: die Fachgruppe zurück auf den rechten Kurs, unter dem neuen Vorstand (vgl. Info 19/10) war sie ihnen zu weit nach links gerückt, dessen Politik hielt sich nicht mehr im

standesgemäßen (Ausbildungs-)Rahmen, verstand hingegen den jungen Juristen als pot entiellen Beauftragten in Sachen Ungleichbehandlung, unmenschlicher Unterdrückung (Richter bestimmt die Isolationshaft), kurz: in Sachen Faschisierung hier und heute! Reduzieren tat sich dies 'Anliegen' auf den Vorwurf: KPD-gesteuert!
Nun ja, fürs erste wurde der Massenausschl uß abgewehrt: wir hatten während jener anderthalb Tage zwischen Fernschreiben und Vorstandssitzung kräftig mobilisieren können, sowohl innerhalb der Fachgruppe als auch außerhalb durch Unterstützungserkläru ngen von zT prominenten Individuen, die si ch zT schon vorher positiv zum Hungerstreik geäußert hatten bzw selbst an dem Solidari tätshungerstreik in der ESG teilgenommen hatten. Diese Solidarisierungskampagne muß fortgesetzt werden, insbesondere unter Ref. Kollegen, aber auch fortschrittlichen Rich tern und Staatsanwälten; dies ist umso dri nglicher, als sich jetzt auch der Kammerge richtspräsident gemüßigt fühlt hinter der Gewerkschaft an Repressalienandrohung nic ht zurückzustehen und seinerseits Disziplina rverfahren angekündigt hat (Tsp. 2.11.), was wir wiederum erst durch die Presse erfahren haben. Anscheinend will man aber wohl der alten Taktik treu bleiben, Rädelsführer exemplarisch zu bestrafen: während wie gesagt der Massenausschluß verhindert wurde, will die Gewerkschaft anscheinend gegen W.W. ein Ausschlußverfahren einleiten.
B ei der Kampagne dagegen muß es uns darauf ankommen, uns nicht in irgendwelche Formalvorwürfe (Satzungsverstoß durch Funktionsan gabe beim Namen) verstricken zu lassen, son dern den eigentlich anstoßerregenden Inhalt der Anzeige, den Vorwurf der Isolationshaft, zum Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit Gewerkschaft und Kammergericht werden zu lassen; wir haben Isolierhaft an Hand von Gerichtsbeschlüssen als Faktum belegt; wir haben uns um eine sachliche und sachgerechte Darstellung von menschenunwürdigen Zuständen in Haftanstalten bemüht; es ist jetzt Sache des ÖTV-Vorstandes, das "gewerkschaf tsschädigende" unseres Verhaltens uns aufzuweisen, uns aufzuzeigen, welche Passagen unserer Anzeige "in beschämender Weise Just izbedienstete verunglimpfen" . Doch wenn es diese, von uns zitierten Beschlüsse tatsächlich gibt, wir sie nicht erfunden haben, unser Vorwurf also nicht zu widerlegen ist, dann bitten wir darum, von diesem Ergebnis auch Herrn Korber zu informieren, damit au ch diese Beschlüsse Eingang finden in seine Folter-Dokumentation.
Nicht zu vergessen sein wird auch jene Anmerkung von Heinz B randt, dem Chefredakte ur der IGM-Zeitung Metall, zu dem von uns zitierten LG-Berlin-Beschluß zu H.Jansen. "Das ist ein Monument: steingewordene Kriminalität; ein Jahrhundert-Dokument in einwandfreier Rechtschreibung, bei radikaler Kleinschreibung von Humanität. Das 'Anstalts'-Personal wird durch diese famose Hausordnung (vgl. auch Info 29/ 15) zu fortgesetzter Handlung gegen das Menschenrecht verpflichtet; insofern stellt sie eine Verbrechensanweisung dar Derartige strenge Isolierhaft wirkt sich nach meiner eigenen Erfahrung in dreijähriger DDR-Haft schlimmer aus, als meine vierjährige Nazi-KZ-Haft(!!). Eine derartige Isolierung läßt sich nur als psychische Folter qualifizieren(!!!)." (in KJ Heft 3/73 S.327).
Wir fragen nun den ÖTV-Bezirksvorstand: ist Heinz Brandt deswegen ein Gewerksch aftsfeind, weil er sich auf die Seite der jenigen gestellt hat, die in unserer Gesellschaft die größte Rechtlosigkeit erfahren? Hat Heinz Brandt die Justizvollzugsbediensteten verunglimpft, indem er sich gegen Anstaltsordnung und einige Berliner Richter empörte?? -
Zum Vorwurf des KPD-Gesteuertseins wegen des Zus.Hangs mit der allgem. Kampagne dieser Partei können wir Spontis nur sagen: wenn es auch erfreulich sein mag daß auch Gewerkschaftsfunktionäre die rote Fahne lesen, so hebt sich doch uns er Anzeigentext wohltuend sachlich von dem dortigen penetranten 'Generalstreiks- und Weltrevolutionsstimmungs Jubilieren ab; was ja auch kein Wunder ist, wo die Initiative von uns Spontis ausging.

Zum Schluß noch ein Wort zu dem, was Revis(SEW/Adsen) unter 'linker' Solidarität gegen drohenden Gewerkschaftsausschluß verstehen. Als das gen. Fernsch reiben der Gewerkschaftsbürokratie noch nicht einen Tag alt war, war es uns bereits gelungen, ausreichend ÖTV-Ref.kollegen zu einer sog. besonderen Mitgliederversammlung - oder wie die Revis satzungsgetreu formulierten: eine Versa mmlung von Mitgliedern - zusammenzutrommeln: wie könnte die Fachgruppe geschlossen den Ausschlußangriff gegen 20 ihrer Mitglieder zurückweisen?
Für die Revis nur dadurch, daß man den ÖTV-Bonzen entgegenkam und als Vorgabe der Fachgruppenvorstand geschlossen zurücktritt; wobei man wissen muß, daß von den fünf Vorstandsmitgliedern nur einer Revi ist und die Anzeige 'natürlich' inhaltlich für verfehlt hält, während die vier anderen zum fortschrittlichen Flüg el gehören und auch unterzeichnet haben. Konsequenterweise versuchten die Revis

dann auch jegliche inhaltliche Diskussion über den Anzeigentext (hat man jemals in der "Wahrheit" auch nur ein Wort zum Hungerstreik oder zu der Foltertortur durch Wasserentzug bei R.Augustin gelesen) abzublocken. Sie blieben an den Formalien kleben, meinten, die Unterzeichnung als Verantwortlicher mit Angabe gewerkschaftlicher Funktionen verstoße gegen die "innergewerkschaftliche Demokratie" und spielten sich zu guter Letzt auch noch als Retter der Fachgruppe auf, die doch eienen so schwachen Stand habe und durch die Vorstandspolitik in ihrer Existenz gefährdet werde (Richtig daran ist zumindest, daß solange, als der Vorstand noch von den Revis selbst gestellt wurde, diese dermaßen rücksichtsvoll gegenüber dem Existenzwillen der Fachgruppe taktierten, daß überhaupt gar keine Politik gemacht wurde, daß viel von Mitbestimmung geredet wurde - daß aber noch nicht mal bei der Politik der Fachgruppe mitbestimmt wurde gegenüber dem Bezirksvorstand; einzige Ausnahme: beim diesjährigen 1.Mai, wo der Revi-vorstand in tollkühn-revolutionärer Weise sich für eine Spaltung bei den Gewerkschaftsmitgliedern einsetzte, indem er es sich nicht nehmen ließ zu der R-go-Demo in Kreuzberg/Neukölln aufzurufen.). Wieso es einmal gegen jenen ehernen Grundsatz innergewerkschaftlicher Demokratie verstößt, bei namentlicher Unterzeichnung seine Gewerkschaftsfunktion mitanzugeben - nämlich wenn es einen links-revisionistischen Genossen betrifft - im übrigen es aber allgemein SPD Oder DKP-Typen als lediglich persönliche Erklärung abgenommen wird, wenn sie Gewerkschaftsfunktionen bei öffentlichen Stellungnahmen mitangeben, ohne daraus gleich den Vorwurf stellvertretender Meinungsmache für die gesamte Belegschaft oder Gewerkschaftsgruppe abzuleiten (jüngstes Bsp. Hessen-wahlkampf; oder Maizeitungen der SEW), - diesen Widerspruch übergingen unsere Fachgruppenrevis geflissentlich. Im übrigen mußten wir zum Zeitpunkt dieser Sitzung noch davon ausgehen, daß gegen alle 20 Unterzeichner ein Ausschlußverfahren eingeleitet werden sollte, zwanzig von denen neunzehn lediglich namentlich unterzeichnet hatten; also ging es der Gewerkschaft um mehr als nur unsere Vorstandsmitglieder, nämlich um die Liquidierung der Opposition. Wie bei dieser Zielsetzung der Vorstandsrücktritt befriedend sollten/wirken, konnten auch die Revis nicht sagen. Es blieb der Eindruck, daß die Revis auf diese Weise billigst die ihnen mißliebigen Vorstandsmitglieder beseitigten könnten. Oder gingen ihre heimlichen Wünsche gar ebenso weit wie die der Gewerkschaftsbürokraten: auch ihnen ist unsere Opposition sehr unbequem, insbesondere wenn sie, wie jetzt, die Mehrheitsfraktion darstellt.

Diese Frage ließ sich leider nicht klären. Jedenfalls beharrten die Revis auf Rücktritt. Und wir verweigerten ihn.

Und nun passierte etwas paradoxes: das Revi-vorstandsmitglied erklärte, es werde in eigenem Namen, aber in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied (!), dem ÖTV-Bezirksvorstand eine Erklärung (der Revi-Fraktion) abgeben: Schwerpunkt, die Funktionsangabe in der Anzeige war falsch; anschließend einige Sätze zum schweren Dienst der Justizvollzugsbediensteten, zur Notwendigkeit eines Strafvollzugsgesetzes, zur Forderung des BVerfGs dazu, und so weiter und sofort, nur der konkrete Anlaß, Hungerstreik und Isolationshaft, diese Worte nahm er tunlichst nicht in den Mund, wie eine heiße Kartoffel!

Ist dies nicht ein weiteres Indiz in jener Kette, die die Revis auf der anderen Seite der Barrikaden gefesselt hält?!

Bln., den 3. Nov. 74

einige Sponti-Referendare

Kurznachrichten

Die Sonderwachen in den Krankenhäusern sind jetzt in den Streik getreten. Sie wollen damit Tarifregelungen für Urlaubs- und Weihnachtsgeld und andere Sozialleistungen durchsetzen, die denen des angestellten Personals entsprechen.

Der Bundesgerichtshof hat wieder zugeschlagen: Wegen der Jugendzentrumsbesetzung in Hannover (1972) wurden 3 Leute zu 5000 Dm Schadensersatz verknackt, obwohl ihnen die Teilnahme an den Auseinandersetzungen bei der Räumung nicht nachgewiesen werden konnte. Mit solchen Beweisproblemen brauchen sich die Gerichte in Zukunft auch nicht mehr zu plagen. Der BGH hat entschieden:"Wer an einer Hausbesetzung, bei der es bei der Räumung zu Auseinandersetzungen und Tätlichkeiten mit der Polizei kommt, teilnimmt, muß wegen des dabei entstehenden Schadens auch dann Ersatz leisten, wenn er sich zwar an den Ausschrietungen nicht beteiligt, aber durch seine Anwesenheit in dem Haus den Mut der Akteure und ihren Willen zum Widerstand Psychisch stärkt." Der Arndt in Frankfurt hat auch schon angekündigt, daß er alle Jugendlichen, die beider Räumung des Jugendhauses geschnappt worden sind, zur Kasse bitten will!

HUNGERSTREIK

ERKLÄRUNG

Heute, am 3o.1o.74 haben wir die Zentrale der Deutschen Sektion von Amnesty International in Hamburg, Beselerstr.8 besetzt.

Die Gefangenen aus der RAF und andere politische Gefangene sind seit dem 13.Sept., also bereits seit 7 Wochen, im unbefristeten Hungerstreik gegen Sonderbehandlung, gegen Vernichtungshaft durch soziale Isolation und sensorische Deprivation über Jahre.
Dieser Hungerstreik ist in der Isolation der äußerste Widerstand der politischen Gefangenen gegen ihre Vernichtung. Sie werden ihn solange führen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Die Reaktion der Justiz auf den Hungerstreik ist:
-Verhungernlassen der Hungernden [illegible] in West-Berlin
-Permanente Folter durch Zwangsernährung in West-Deutschland
-[illegible] bei Ronald Augustin
anstatt Erfüllung der Forderungen;
Das heißt [illegible] der VERNICHTUNG.
[illegible] die Justiz [illegible] MORD an den Gefangenen [illegible].
Obwohl die Deutsche Sektion von Amnesty International seit langem [illegible] Dokumentation über die Isolationsfolter an den politischen Gefangenen in der BRD vorliegt,
obwohl Amnesty International soziale Isolation und sensorische Deprivation als Foltermittel bezeichnet,
obwohl es [illegible] öffentliche Proteste gegen diese Folter im In- und Ausland gibt,
obwohl eine jetzt arbeitende Untersuchungskommission der Deutschen Sektion in ihrem Abschlußbericht für die Zentrale von Amnesty in London zu dem Ergebnis gekommen ist, daß die Behandlung der politischen Gefangenen in Deutschland gegen Artikel 5 der Menschenrechtskonvention("Kein Mensch soll der Folterung, sowie grausamer, unmenschlicher Behandlung unterworfen werden.")verstößt, schweigt Amnesty gegenüber der offenen Vernichtung der politischen Gefangenen durch Justiz und Verfolgungsbehörden.

Wir fordern von Amnesty International:

SOFORTIGE ÖFFENTLICHE AUFFORDERUNG AN DIE VERANTWORTLICHEN JUSTIZMINISTER, RICHTER, STAATS- UND BUNDESANWÄLTE, DIE FORDERUNG DER HUNGERSTREIKENDEN NACH AUFHEBUNG DER SONDERBEHANDLUNG, DER VERNICHTUNGSHAFT ZU ERFÜLLEN

Eher werden wir die deutsche Zentrale von Amnesty nicht verlassen !

Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD

Pressemitteilung des Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD.

Gestern Nacht (3o.1o.74) um 22.30 wurde die deutsche Sektion von Amnesty International in Hamburg, die vormittags von den Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD besetzt worden war, mit massiven Polizeieinsatz unter Führung des mobilen Einsatzkommandos (MEK) geräumt.
Die Besetzung war notwendig, weil die Forderungen der politischen Gefangenen, die sich seit sieben Wochen im Hungerstreik befinden, noch immer nicht erfüllt wurden, und die Justiz im Gegenteil durch die Aufrechterhaltung der Vernichtungshaft und Versuche zur Brechung des Hungerstreiks auf den Tod der Gefangenen hinarbeitet,
und weil zum anderen Amnesty Internal seit langem eine Fülle von Material über die Vernichtungshaft vorliegt und die deutsche Sektion aufgrund eigener Untersuchungen zu dem Ergebnis kommen mußte, daß die Behandlung der politischen Gefangenen gegen Art.5 der Menschenrechtskonvention(Kein Mensch soll der Folterung, sowie grausamer unmenschlicher Behandlung unterworfen werden) verstößt, - ohne daß Amnesty International gerade jetzt in der für das Leben der Gefangenen entscheidenden Situation gegen die Vernichtungshaft aktiv wurde. Deshalb fordern wir von AI: "SOFORTIGE ÖFFENTLICHE AUFFORDERUNG AN DIE VERANTWORTLICHEN JUSTIZMINISTER, STAATS- UND BUNDESANWALTE, DIE FORDERUNG DER HUNGERSTREIKENDEN NACH AUFHEBUNG DER SONDERBEHANDLUNG, DER VERNICHTUNGSHAFT ZU ERFULLEN".

Das Info gibt's:

Buchladen am Savignyplatz
Pol. Buch, Lietzenburgerstr.
Commune, Unter den Eichen
Kreuzberger Bücherstube, Kottbusser Damm
Bergengruensche Buchhandlung, 19 Schloßstraße 29
Heinrich-Heine-Buchhandlung 12 Hardenbergstr.
Zeitungsstand am Zoo, unter der S-Bahn
Zeitungsstand am Ku-Damm/Ecke Giesebrechtstr.

In den Kneipen:

Schlauch, 21 Rathenowerstr.
Kastanie, 19 Schloßstr.
Gittas gute Stube, 19 Spandauer Damm 23
Quinte, 3o Grunewaldstr.
Stiege, 36 Oranienstr.
Rotkehlchen, Yorkstr.
Wanne, Holsteinische str.
Bilbao, Mansteinstr.
Kino Bali, S-Bahn Zehlendorf
Dschingis Khan, 3o Martin-Luther-Str. 41
Joshuas Tee-Galerie, 12 Pestalozzistr. 64



INHALT

Schulkampf....................S.2
Gefangenenvertretung.........S.5
Putte-Abend..................S.6
SJSZ.........................S.7
Poliklinik/Volksentscheid...S.8
Forward......................S.9
Wirtschaftslage..............S.10
MP-Protokoll.................S.13
SSB E.V......................S.14
Faschismusauf derLeinwand...S.15
Gerichtsreferendare..........S.16
Kurznachrichten..............S.18
Hungerstreik.................S.19/2o

INFO - BUG: 1-21 Stephanstr. 6o
Tel.: 3958o83
Mittwochs 19.3o PLENUM
Sonntags ab 18.oo Redaktionssitzung

FORTS. HUNGERSTREIK

Mit der Entscheidung, die Forderung der politischen Gefangenen, deren Berechtigung sie selbst festgestellt haben, nicht zu unterstüzen und der gewaltsamen Räumung ihres Büros zuzustimmen, hat AI sich dem Vernichtungsintresse der Justiz und Verfolgungsbehörden untergeordnet, zu deren Strategie es gehört, jeden wirksamen Protest gegen die Vernichtungshaft der politischen Gefangenen zu unterdrücken und zu kriminalisieren.

Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD.

Zum Hungerstreik:

Am letzten Sonntag begann der angekündigte Solidaritätshungerstreik, an dem 27 Leute teilnahmen. Am Mittwoch wurde der Sol.HS nach einer Pressekonferenz aus berufl.Gründen abgebrochen. Justizsenator Korber hatte kein Verständnis (wen wundert's) für diese Aktion der Schriftsteller, "da sie sich als Intellektuelle unkritisch mit den Inhaftierten solidarisiert hätten". Da Korber die Anzeige der Schauspieler auch nicht verstehen wollte, wird er für die Anzeige von 128 Gerichtsreferendaren dieselben Probleme haben. Er sieht sich im Zugzwang: Diese Woche will er eine Dokumentation rausgeben, die alle Vorwürfe widerlegen soll.

Nachdem der"Tagesspiegel" bisher geleugnet hatte, daß es in den Berliner Knästen sowas wie Isolationshaft gibt, steht in der Sonntagsausgabe ein langer Artikel. Hauptpunkte: In Tegel, Haus III, gibt es 8 Isolationszellen, die von den übrigen abgetrennt sind, außerdem 2 "Tigerkäfige" mit Fliegengittern vor dem Fenster. Einer der Gründe für Isolationshaft: Verteilen von Flugblättern gegen Mißstände im knast! Nach Ansicht von Gefangenen ist die immer auf unbestimmte Dauer angeordnete Isolationshaft(einer sitzt schon seit 16 Monaten in so einer Isolationszelle) schlimmer als Arrest, durch Isolation seien Kreislauf- und erhebliche Konzentrationsschwächen a ufgetreten.

Außer den Isolierzellen gibts noch Arrestzellen, sog.Beruhigunszellen (fensterlos, Betonbett) und therapeutischen Beobachtungszellen(das sind die mit TV-Überwachung, Dauerhitze, Dauerton).

Der Tsp. kritisiert da nn, daß es keine gesetzl.Grundlage für die Isolationshaft gibt, meint aber, "daß möglicherweise in bestimmten Fällen ein Häftling isoliert werden muß."